

# Stettiner

No. 116. Abend-

Landtag.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung am 7. März.

Wir haben in Kürze schon in der vorigen Nummer über die Sitzung berichtet und tragen aus dem dritten Petitionsbericht der Justiz-Kommission noch nach:

Der Antrag der Kommission, die Petition einer Anzahl Grundbesitzer aus Hinterpommern wegen Erlaß eines Gesetzes, welches die pommersche Landshaft ermächtigt, hypothekarische Darlehen auf solche in ihrem Bereiche liegenden Grundstücke zu gewähren, welche der unterm 13. März 1781 konstituierten Landshafte-Kredit-Verbindung nicht angehören, der Regierung zur Beurteilung zu überweisen, wird vom Abgeordneten Denzin befürwortet, indem er auf die Notwendigkeit eines solchen Instituts hinweist und namentlich behauptet, daß durch dasselbe ein Kostenaufwand nicht entstehen werde, da die Pfandbriefe verzinst werden müssten. — Der Kommissions-Antrag wird angenommen.

Auch die Anträge der Kommission, die auf die Aufhebung der Lehnsverbände bezüglichen Petitionen, zugleich mit einem desfalls von dem Rittergutsbesitzer v. d. Hagen auf Langen eingebrachten Gesetz-Entwurf, der Regierung „in der Erwartung zu überweisen, daß sie der Landes-Beretzung baldmöglichst in Ausführung des Art. 2. des Gesetzes vom 5. Juli 1852 über die Auflösung des in Bezug auf die vorhandenen Lehne (zunächst des in der Provinz Pommern) noch bestehenden Lehnsverbandes zur Beschlussnahme vorlegen werden“, — empfiehlt der Abgeordnete Denzin mit Rücksicht auf die Hebung des Kredits und Förderung der Kultur.

Abgeordneter Lette unterstützt diese Ausführungen: in Pommern werde über Mangel an Kredit geklagt und gerade das gegenwärtige Lehnsverhältnis mit seinen verschiedenen Bestimmungen, in denen sich kaum ein Jurist zurechtfinden könne, erschwere den Kredit. Der Hofschatz der pommerschen Gutsbesitzer müsse endlich Gehör finden. — Die Kommissions-Anträge werden genehmigt.

Es folgt der erste Bericht der Agrar-Kommission.

Bei den Petitionen aus Neu-Vorpommern wegen der Erb-pachtsverhältnisse, welche nach dem Antrage der Kommission der Regierung als Material für eine event. legislatorische Maßregel überwiesen werden sollen, theilt der Minister Graf Pückler mit, daß die Regierung in Folge des schon im vorigen Jahre von der Kommission (nicht vom Plenum) beschlossenen Antrages Anlaß genommen habe, die einschlägigen Verhältnisse in Neu-Vorpommern zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind in einer Denkschrift niedergelegt, welche der Regierungs-Kommissar, Geh. Rath Schumann, verliest.

Auf den Antrag des Abg. Ambronn, dem die Abg. v. Neiburg und v. Vincke (Hagen) sich anschließen, wird darauf die Petition nochmals an die Kommission verwiesen, da das neu hinzugekommene Material eine nochmalige Beratung ertheile. (Die Denkschrift, zum großen Theil statistischen Inhalts, war beim Verlesen selbst den Mitgliedern des Hauses teilweise unverständlich; durch den neu zu erstattenden Kommissionsbericht wird ihr Inhalt authentisch bekannt werden).

In dem zweiten Petitionsberichte der Handels-Kommission ist die erste die der Löwenberger Kreisstände, wegen der unvollendeten Strecke von einer Achtelmeile auf der Lauban-Greiffenberger, von der Regierung 1848 in Angriff genommenen, seit 1852 nicht mehr fortgeführten Chaussee.

Die Kommission beantragt Überweisung an die Regierung zur Beurteilung.

Abg. v. Vincke (Hagen) beantragt die Petition der Staatsregierung nur so weit zu berücksichtigen zu überweisen, als sie sich auf die für die bereits fertigen Strecken gezahlten Grund- und Nutzungs-Entschädigungen von 2875 Thlr. 12 Sgr. 5 Pf. beziehe. Nur so weit halte er sie für begründet.

Das Amendement des Abg. v. Vincke wird mit großer Majorität angenommen.

Bei der Petition um Befürwortung des Baues einer Eisenbahn von Königsberg über Rastenburg nach Löben, wo die Kommission Tagesordnung beantragt, bestreitet der Abg. Lechow, ohne einen besonderen Antrag zu stellen, die Bemerkung der Kommissions-Berichts, daß lediglich ein provinzielles Interesse vorliege. Seine Provinz verfolge keine Sonderinteressen: das habe sie unter anderm auf dem Vereinigten Landtage von 1847 bewiesen, wo die Vertreter der Provinz Preußen im Interesse des Verfassungsliberalismus unseres Vaterlandes einstimmig gegen die Bewilligung der Gelder für eine Eisenbahn von Berlin nach Königsberg gestimmt hätten. Er dankte dem Handelsminister für das, was er für seine Provinz gethan, und erlaube sich zugleich die Frage, ob er dieselbe wenn günstige Zeiten eintreten, auch ferner in der Vermehrung ihrer Kommunikationsmittel unterstützen werde.

Handelsminister v. d. Heydt erwidert: Es werde stets ein warmer Interesse für die Provinz Preußen hegen, und es solle



105. Jahrgang der „Privilegierten Stettiner Zeitung.“

Donnerstag den 8. März.

# Zeitung

Ausgabe.

1860.

Ihn freuen, wenn alle Wünsche in Erfüllung gehen könnten (Heiterkeit), ob aber die Regierung die nötigen Mittel haben werde und wann, das könne er jetzt nicht angeben.

Abg. v. Wedell (Nordhausen): Man dürfe den Staat jetzt nicht mit Privatinteressen behelfen; aber das werde der Handelsminister doch einsehen, daß die Strecke Halle-Nordhausen-Kassel jedenfalls den Vorzug verdiene. (Heiterkeit.) — Die Tagesordnung in Bezug auf beide Eisenbahnen wird angenommen. — Bei einer Petition, betreffend den Kleinhandel mit Spirituosen, wird statt der von der Kommission beantragten, mit Rücksicht auf die zu erwartende Revision der Gewerbe-Ordnung motivierten Tagesordnung, auf Antrag des Abg. v. Puttkamer, die einfache Tagesordnung beschlossen.

## Deutschland.

Berlin, 7. März. Das Landwehr - Stamm - Bataillon (Wriezen) des 35sten Infanterie-Regiments, geführt von dem Major v. Schmeling, traf heute Vormittag 10 Uhr, mittelst Extrazuges von Neustadt-Ebw. kommend, auf der Stettiner Bahn hier ein und ging sofort auf der Verbindungsstraße nach der Potsdamer Bahn weiter. In der Nähe des Hamburger Bahnhofes begegnete dem Separattrain der Unfall, daß eine Achse brach, wodurch das Bataillon genötigt ward, die Wagen zu verlassen und den Marsch zu Fuß fortzusetzen. Am Brandenburger Thore wurde es von dem Musikkorps des 8. Infanterie- (Leib-) Regiments empfangen und nach dem Potsdamer Bahnhof geleitet.

Zu den Erinnerungen aus Preußens bewegter Zeit in den Jahren 1810—15 gehört, daß das 3. oder Füssler-Bataillon des 1. Garde-Infanterie-Regiments, welches im Mai 1809 aus den Regimentern der Armee, den Provinzen Preußen, Litthauen und Pommern und aus einem kleinen Theile des Schill'schen Korps, der bei dem heldenmäßigen Toestampfe bei Stralsund der Vernichtung entgangen, von des hochseligen Königs Majestät Friedrich Wilhelm III. bei der Reorganisation der Armee in Königsberg i. Pr. neu errichtet worden war, gestern vor 50 Jahren, am 6. März 1810 in Berlin einrückte. Sein damaliger und der erste Kommandeur des Bataillons, bemerkte die „Spn. Ztg.“, war der Major Krausenek, sein Adjutant, der damalige Lieutenant, jetzige General-Lieutenant und kommandirende General des 1. Armeekorps, v. Werder, die vier Kompanien des Bataillons wurden von den Hauptleuten v. Schachtmeier, v. Kleist, v. Alvensleben und v. Bismarck geführt. Am 10. März 1810 kam das Bataillon nach Potsdam und wurde mit Jubel und allen Ehrenbezeugungen empfangen, denn es war die erste preußische Garnison seit dem Kriege von 1806. Bis dahin stand allein ein Invaliden-Bataillon unter dem Major und Stadt-Kommandanten v. Puttkamer, dem späteren General-Lieutenant und Kommandeur des Invalidenhauses zu Berlin. Bis zum Jahre 1813 blieb das Bataillon in Potsdam, stift dann unter der Führung des Majors v. Block in den Kriegen von 1813—15 und bewährte seine Tapferkeit vornehmlich in den Schlachten bei Groß-Görschen, Bautzen, Leipzig und Montmartre, von denen die erste und die letzte für das Bataillon die blutigsten, aber auch die ruhmreichsten waren.

Die Ehe-Kommission des Hauses der Abgeordneten hat den Entwurf des Ehegesetzes genau so wieder angenommen, wie er aus den vorsährigen Beschlüssen des Hauses hervorgegangen ist, und wie ihn die Regierung in diesem Jahre im Herrenhause eingebracht hat.

Die Kommission des Hauses der Abgeordneten für die Heeresvorlagen hat die General-Diskussion noch nicht beendet. Es versteht sich, daß von einer Abstimmung, noch dazu von einer so speziellen, wie die über die zwei- oder dreijährige Dienstzeit sein würde, bisher noch nicht die Rede hat sein können; voraussichtlich kommt es erst in nächster Woche zu einer Abstimmung.

Bei der bevorstehenden Vermehrung der Armee soll, hemmend auf die Neorganisationspläne gemäß, auch eine zweite Schul-Abtheilung errichtet werden, um dem Mangel an Unteroffizieren für die Zukunft abzuhelfen. Die Potsdamer Schul-Abtheilung, früher nur aus zwei Kompanien bestehend, ist zu gleichem Zwecke schon innerhalb der letzten Jahre zuerst auf drei, dann auf vier Kompanien erhöht worden. Da jener Mangel am merklichsten in der Rheinprovinz hervorgetreten ist, so beabsichtigt man, das Stand-Quartier der neuen Schul-Abtheilung nach den westlichen Provinzen zu legen. Vorzugsweise ist als solches, wie die „N. Pr. Ztg.“ hört, die bisherige Festung Jülich in Aussicht genommen, durch deren bevorstehende Schleifung und gleichzeitig eintretende Besatzungs-Berminderung die erforderlichen Räumlichkeiten zur Unterbringung der Abtheilung disponibel werden würden.

Nach einer Mitteilung der Spenerischen Zeitung wollen unterrichtete Personen wissen, daß eine Aufforderung von Seiten deutscher Bundesgenossen an Preußen zu erklären, es wolle einen Angriff auf das Venetianische einem Angriff auf sich selbst gleich

abonnementenpreis jährlich in Stettin 1½ Thlr., außerhalb 1½ Thlr.

Insertionsgeb.: für die gewaltete Seite 1 Sgr.

achten, an selbiges überhaupt nicht gerichtet worden sei und daher auch nicht ablehnend beantwortet werden könnte.

Die Befreiung Sachsen an der von unserer Regierung veranstalteten ostasiatischen Expedition eröffnet auch dem deutschen Buchhandel eine allerdings etwas ferne Aussicht auf eine Eröffnung des dortigen Marktes. Herr Gustav Spies, den die sächsische Regierung beauftragt hat, im Interesse der sächsischen Industrie an der Expedition Theil zu nehmen, will nämlich auch nach dieser Seite hin, sofern es möglich ist, seiner Reise eine Frucht abgewinnen. Er hat sich, wie wir erfahren, an den Vorstand des deutschen Börsenvereins gewendet und darauf hingewiesen, daß die Japanesen an der Geschichte der übrigen Welt schon seit längerer Zeit ernsten Anteil nehmen, und daß sie durch die aus Holland bezogene Werke sich mit der Geographie, Naturkunde &c. nach unseren europäischen Anschaungen schon vertraut gemacht haben. So läge wenigstens die Möglichkeit vor, daß man sich für gute Kupferwerke, naturgeschichtlichen oder künstlerischen Inhalts, für gute Atlanten u. dgl. m. in Japan interessiere. Herr Spies ist nun bereit, derartige Werke, zunächst um sie als Geschenke zu verwenden, mitzunehmen, vielleicht bilden diese für die folge Anknüpfungspunkte für einen Absatz der Erzeugnisse des deutschen Buchhandels nach diesen Ländern.

Der „Nat.-Z.“ zufolge soll die morgen in Wallners Theater zur Darstellung kommende Novität: „Die Anonymen“, von einem der bedeutendsten und bekanntesten Mitglieder unseres Abgeordnetenhauses, oder wenn das nicht, doch von irgend einer distinguirten Persönlichkeit herrühren.

\* Glogau, 6. März. Unsere Stadtverordneten haben, mit Zustimmung des Magistrats beschlossen, der hiesigen freien Gemeinde eine Unterstützung von 100 Thlr. zu bewilligen. Es ist die Ausführung dieses Beschlusses von der Königl. Regierung zu liegen auf Grund eines Rescripts v. J. 1851 unteragt. Die Stadtverordneten wollen sich hierbei nicht beruhigen und beabsichtigen eine Beschwerde an den Minister des Innern zu richten.

Schöppenstedt, 5. März. Als der Prediger Ulich, vom hiesigen Bürgerverein zu einem Vortrage eingeladen, heute Abend auf dem hiesigen Bahnhofe eintraf, wurde er, wie der „Magd. Ztg.“ geschrieben wird, inmitten einer großen Menschenmenge vom Bürgermeister in Empfang genommen, in ein Zimmer des Stationsgebäudes geführt und hier bedeckt, daß nicht nur Befehl von der Regierung eingegangen sei, ihn nicht sprechen zu lassen, sondern auch, daß er mit dem nächsten Zuge wieder abreisen müsse. Das geschah denn auch nach einer Viertelstunde.

Aus Holstein, 5. März. Zur Charakterisirung der Zustände in der Stadt Schleswig dient folgende Thatache. Drei Bürger, unter diesen der Knopfmacher Gehrke, ein bejahrter Mann und sein Sohn, sind inhaftirt, weil sie eine Petition an die Stände-Versammlung unterzeichnet haben. Sie wurden bei der Vernehmung inquirirt, wer die Petition verfaßt habe und von wem sie dieselbe erhalten hätten. Als sie keine Auskunft geben, hieß es, wir wollen euch schon mürbe machen. Man entzog ihnen alle Genüsse, an welche sie gewohnt sind, man ließ sie ohne Licht und erschwepte ihren Zustand durch peinigende Einsamkeit, ohne sie zu verbören. Zehn Tage hielt der alte Gehrke es aus, endlich in Verzweiflung hat er in der Nacht vom 1. auf den 2. dieses Monats seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Man fand ihn in seinem Gefängniß erhängt. Wie viel Opfer dänisch marternder Justiz werden noch nachfolgen, wenn die Willkür so rechtlos schalten darf?

Hamburg, 6. März. In einer diesen Nachmittag stattgehabten Versammlung der Rheder und Baase (Schiffsmüllermeister) berichtete Senator Godeffroy über die erfolglosen Bemühungen, eine Ausgleichung der zwischen Baasen und Zimmerleuten (in Beziehung auf Lohn erhöhung) obwal tenden Differenzen zu bewirken. Zu einem Beschlus der Versammlung, bemerkte die „H. B. H.“, konnte diese Mitteilung um so weniger Veranlassung geben, als die Aufmerksamkeit derselben leider durch den Bericht des Herrn Stüken über frevelhafte Erzesse, welche in vergangener Nacht auf seiner Werft auf Steinwärder vorgekommen, auf das Lebhafte in Anspruch genommen wurde. Die Mehrzahl der fremden Arbeiter nämlich, mit welchen sich die hiesigen zusammen zu arbeiten weigern, befinden sich auf der gedachten Werft, im Hause des Hrn. Stüken. In dieses nun waren gestern Abend etwa 50—60 hiesige Zimmerleute eingedrungen und hatten die fremden Arbeiter in der abscheulichsten Weise mishandelt. Eine Deputation von etwa 20 Rhedern und Baasen begab sich sofort zum Polizeiherrn, um durch die Vermittelung desselben militärischen Schutz für die bedrohten Werften am heutigen und an den folgenden Abenden zu erwirken. Die Deputation erreichte, nachdem sich der Polizeiherr und der Landherr der Marschlande, zu dem sich die Deputation gleichfalls begab, über ihre, wie es scheint, zweifelhafte Kompetenz geeinigt hatten, — ihren Zweck. Die Werften des Hrn. Stüken (auf Steinwärder) und Johns (auf dem Grasbrook), auf denen sich fremde Arbeiter befinden, werden noch heute durch eine hinreichende Anzahl von Hanseatn besetzt werden, um der Wieder-

